

Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#machtsocialdemokratiemöglich

Sozial gerecht und ökologisch:
Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Modernisierung Deutschlands

Deutschland steht im 21. Jahrhundert vor großen Herausforderungen: Der Klimawandel, die zunehmende Ungleichheit, der demographische Wandel und die Digitalisierung. Unser Land hat die besten Voraussetzungen diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen: Hochqualifizierte, engagierte und kreative Menschen, Kapital, entwickelte Industrie- und Dienstleistungszentren und soziale Sicherungssysteme. Wir müssen gemeinsam diese Stärken bündeln und sie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft einsetzen. Sozialdemokraten*innen haben die Aufgabe einen Weg aufzuzeigen, wie unser Land seine großen Potenziale wieder voll entfalten kann.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist dies nicht gelungen. Seit der Jahrtausendwende trat – mit Ausnahme Griechenlands – kein anderes EU-Land so stark auf die Ausgabenbremse wie Deutschland. Wenn die heutige Staatsquote – Staatsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – auf dem Niveau des Jahres 1999 wäre, dann hätte unser Sozialstaat weit über 100 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Zwischen 1991 und 2008 wurde im öffentlichen Dienst jeder dritte Arbeitsplatz abgebaut. Über zwei Jahrzehnte floss zu wenig Geld in die physische und soziale Infrastruktur des Landes. In den 1970er Jahren investierten Bund, Länder und Kommunen jedes Jahr noch bis zu vier Prozent des Sozialproduktes. Heute liegt die staatliche Investitionsquote bei gut zwei Prozent. Die deutsche Volkswirtschaft fährt auf Verschleiß. In vielen Städten und Gemeinden sind die Abschreibungen höher als die Investitionen. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Allein der kommunale Investitionsstau beläuft sich inzwischen auf 138 Milliarden Euro.

Die Folgen sind unübersehbar. Die Verkehrsinfrastruktur ist marode. Ein Fünftel der Autobahnstrecken und zwei Fünftel der Bundesfernstraßen müssen saniert werden. Im öffentlichen Nahverkehr müssten in den kommenden sechs Jahren etwa 30.000 neue Beschäftigte eingestellt werden. Jedes Jahr müssten zusätzlich zehn Milliarden Euro für den Verkehr mobilisiert werden. Großen Investitionsbedarf gibt es auch bei Breitband und Energieversorgung. In den nächsten zehn Jahren müssten in beiden Bereichen jeweils 40 Milliarden Euro investiert werden. Doch damit nicht genug. In Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. In der frühkindlichen Erziehung und Betreuung fehlen bis 2025 etwa 300.000 Fachkräfte. In den Grundschulen können im gleichen Zeitraum voraussichtlich 35.000 Stellen nicht besetzt werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist inzwischen auf stolze 50 Milliarden Euro angewachsen. Bundesweit fehlen aktuell 80.000 Krankenpflegekräfte. In der Altenpflege beläuft sich der Personalmangel auf 63.000 Pflegekräfte.

Vor vergleichbaren Herausforderungen steht der soziale Wohnungsbau. Ab sofort müssten jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 als Sozialwohnungen – gebaut werden, um eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen.

Die geplanten und realisierten Mehrausgaben der großen Koalition reichen hinten und vorne nicht aus, um die großen gesellschaftlichen Bedarfe zu decken. Deswegen ist es ökonomisch unvernünftig sowie sozial und ökologisch schädlich, an einer Finanzpolitik der „Schwarzen Null“ festzuhalten. Und die Schuldenbremse schadet unseren Kindern, da sie zur Investitionsbremse wird. Wer jetzt nicht ausreichend in Bildung, Gesundheit, Verkehr und Digitalisierung investiert, verschlechtert die Zukunftsperspektiven nachfolgender Generationen. Und für den Klimaschutz gilt: Wir brauchen eine Grüne Null und keine Schwarze Null.

Wir wollen unser Land ökonomisch vernünftig, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig modernisieren. Deswegen schlagen wir einen sozialdemokratischen Modernisierungsplan für die nächsten zehn Jahre vor. Kern unseres Konzepts ist ein höherer öffentlicher Ausgaben- und Investitionspfad. Dafür wollen wir jährlich rund 80 Milliarden Euro mobilisieren. So schaffen wir die Voraussetzungen für soziales und ökologisches Wachstum.

1. Bessere Bildung für Alle - in Kita, Schulen und Universitäten investieren

Wir brauchen mehr Personal und bessere Betreuungsschlüssel für Kitas und Schulen. Kita- und Schulgebäude müssen saniert werden. Wir brauchen flächendeckend Ganztagschulen. Wir benötigen ein bundesweites Programm zum Ausbau der Fachhochschulen und Universitäten.

2. Wohnen bezahlbar machen - Sozialen Wohnungsbau stärken

Wir brauchen ein bundesweites Programm zum Bau von jährlich 100.000 Sozialwohnungen. Die bestehenden Programme zur Gebäudesanierung müssen ausgebaut werden. Die aktuellen Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft können überwunden werden, wenn sich die langfristigen Nachfrageerwartungen der Unternehmen durch ein langfristiges öffentliches Investitionsprogramm ändern.

3. Gute Gesundheit für Alle - In Gesundheit und Pflege investieren

Der Investitionsstau in den Krankenhäusern muss aufgelöst werden. Wir brauchen zusätzliche Finanzmittel zur Einstellung weiterer neuer Pflegekräfte, um den Pflegenotstand zu überwinden.

4. Nah- und Fernverkehr ausbauen

Der öffentlichen Nah- und Fernverkehr muss modernisiert werden. Bei der Bahn müssen wir die Investitionen pro Kopf der Bevölkerung in die Bahninfrastruktur und -angebote verdoppeln, perspektivisch aber versechsfachen. Beim öffentlichen Nahverkehr brauchen wir mehr Personal, kürzere Taktzeiten sowie Investitionen in Schienen und Bahnen. Der Ausbau von Nah- und Fernverkehr ist gleichzeitig ein zentraler Beitrag zu einer ökologischen Verkehrswende.

5. Ausbau der digitalen Infrastruktur

Wir brauchen in Stadt und Land ein flächendeckendes hoch leistungsfähiges digitales Netz. Deswegen müssen wir jedes Jahr mindestens sechs Milliarden Euro in den Breitbandausbau und G5 investieren.

6. Gleiche Lebensverhältnisse schaffen

In strukturschwachen Regionen muss die Infrastruktur ausgebaut werden. Dafür sollte die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung aufgestockt werden. Die überschuldeten Kommunen müssen durch einen Altschuldenfonds der Länder entschuldet werden. Eine Entschuldung der Städte und Gemeinden würde es den Kommunen ermöglichen, wieder in ihre Zukunft zu investieren.

Wer soll das bezahlen?

Kurzfristig sollten die angestrebten Zukunftsinvestitionen kreditfinanziert werden. Dies gilt umso mehr in Zeiten historisch niedriger Zinsen. Nie war es günstiger in die Zukunft zu investieren, als heute. Weltweit wollen Investoren ihr Geld in sicheren deutschen Staatsanleihen anlegen. Sie sind sogar bereit dafür zu bezahlen. Wenn der Finanzminister sich heute einen Euro leiht, muss er den Geldgebern in zehn Jahren nach Abzug der Inflation weniger als 90 Cent zurückzahlen. Die 100 Euro Scheine liegen auf der Straße. Aber niemand hebt sie auf. Dabei könnten so die Finanzierungslasten auf mehrere Generationen verteilt werden.

Darüber hinaus haben die vorgeschlagenen Zukunftsinvestitionen einen Selbstfinanzierungseffekt. Wer in Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau, Digitalisierung investiert, erzeugt Wachstum, eine höhere Produktivität und mehr Beschäftigung. Folglich steigen Einkommen und Steuereinnahmen.

Mittel- bis langfristig sollte die Modernisierung unseres Landes über eine breitere staatliche Einnahmehasis finanziert werden. Dafür müssen hohe Einkommen- und Vermögen steuerlich stärker belastet werden. Der gigantische private Reichtum unseres Landes muss genutzt werden, um die öffentliche Armut zu beseitigen. Ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer, eine Vermögenssteuer, eine höhere Erbschaftsteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine Gemeindefortschrittsteuer und ein besserer Steuervollzug können zusätzlich rund 60 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Zusätzliche Steuereinnahmen, die in die Zukunft unseres Landes investiert werden können.